

KREISSTADT METTMANN Die Bürgermeisterin Beschlussvorlage 3.1 Amt für Stadtplanung und Vermessung öffentlich ☒ Wilmsen, Jürgen nicht öffentlich ☐		Drucksachennummer 410/2022
--	--	--

Gremium:	TOP-NR:	Datum:
Ausschuss für strategische Stadtplanung, Stadtentwicklung und Bauen	10	23.11.2022
Haupt- und Finanzausschuss	25	29.11.2022
Rat der Kreisstadt Mettmann	24	13.12.2022

Bebauungsplan Nr. 131 - Emil-Beerli-Straße, 1. Änderung
 Beschluss über Anregungen und Bedenken und
 Beschluss als Satzung gemäß § 10 BauGB

Finanzielle Auswirkungen

Kosten

Produkt

Haushaltsjahr

Folgekosten

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung ☐ ja ☐ nein

Deckungsvorschlag

Anmerkung der Stadtkämmerin:

UMWELTBELANGE werden besonders berührt im Bereich:

☐ Abfall	☐ Wasserhaushalt	☐ Klima
☒ Boden	☒ Natur- und Artenschutz	☐ Emissionen / Immissionen

BESCHLUSSVORSCHLAG

- Über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken wird gemäß den Stellungnahmen der Verwaltung und den Beschlussvorschlägen in der Anlage 1: Abwägungstabelle beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 131 – Emil-Beerli-Straße, 1. Änderung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet liegt im Osten des Stadtgebietes in der Gemarkung Mettmann, Flur 8, und umfasst das Flurstück 3807. Dieses wird begrenzt von den Flächen der Regiobahn im Norden, der

Flächen für Versorgungsanlagen im Osten sowie den Flächen für Gewerbebetriebe im Süden und Westen. Das Plangebiet ist 5.414 qm groß.

Die Umgrenzung des Plangebietes ist aus dem Übersichtsplan ersichtlich.

Ziel des Bebauungsplanes ist es, Erweiterungsmöglichkeiten für den bestehenden Gewerbebetrieb zu schaffen.

3. Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 131 – Emil-Beerli-Straße, 1. Änderung wird der in den Geltungsbereich fallende Teil des Bebauungsplans Nr. 131 – Emil-Beerli-Straße aufgehoben.
4. Der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 131 – Emil-Beerli-Straße, 1. Änderung gemäß § 9 (8) BauGB wird zugestimmt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>			
	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			
Die Grünen			
SPD			
FDP			
Zur Sache!ME			
WGME			
AfD			
MUT			
Bürgermeisterin			

Verwaltungserläuterung:

Der Ausschuss für Strategische Stadtplanung, Stadtentwicklung und Bauen hat in seiner Sitzung am 07.09.2022 die öffentliche Auslegung gemäß § 3(2) BauGB beschlossen. Dabei wurden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Anregungen behandelt, die aus formalrechtlichen Gründen aber auch dem Rat vorgelegt werden müssen.

Siehe Anlage 1: Abwägungstabelle.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt im Vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB. Daher wurde auf eine Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB verzichtet.

Während der Frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB wurden keine Anregungen vorgebracht.

Während der Öffentlichen Auslegung gemäß § 3(2) BauGB wurden keine weiteren Anregungen vorgebracht.

Gez. Geschorec